

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1990
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Bayern

„Auf dem Weg in den Landtag“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Deggendorf am 28./29. April 1990)

Auf dem Weg in den Landtag

Bürger-
rechte

Mittelstand

Hochschulen

Schulen

Gleich-
berechtigung

Umwelt

Kultur

Arbeits-
markt

Wohnungs-
bau

Meinungs-
freiheit

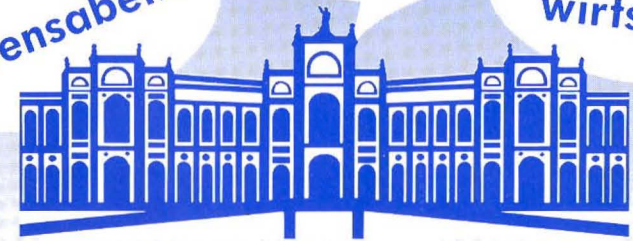
Kinder-
gärten

Markt-
wirtschaft

Lebensabend



F.D.P.
Bayerns Liberale



F.D.P.
Bayerns Liberale

Wahlprogramm der
Freien Demokratischen Partei Bayern
zur Landtagswahl 1990

beschlossen auf dem
40. Ordentlichen Landesparteitag
am 28./29. April 1990 in Deggendorf

Wenn Sie weitere Informationen über
einzelne Programmteile, wie z. B.
Bildungs-, Umwelt- oder Agrarpolitik
wünschen, wenden Sie sich bitte an
die unten angegebene Adresse.

	Seite
Freie Menschen schaffen eine gesunde Umwelt	4
Bildung ist Grundlage wirklicher Freiheit	7
Freie Menschen gestalten kulturelle Freiräume	8
Freie Medien garantieren Meinungsfreiheit	8
Freie Menschen gibt es nur im Rechtsstaat	9
Freie Menschen haben soziale Verantwortung	11
Freie Menschen haben gleiche Rechte	13
Wirtschaftliche Entfaltung sichert die Freiheit des Bürgers	14

Verantwortlich für den Inhalt:
F.D.P. Bayern
Agnesstraße 47
8000 München 40
Telefon 089/126009-0
Telefax 089/1 29 41 49

Auf dem Weg in den Landtag

Wahlaussage 1990

Wir bayerischen Liberalen wollen die Freiheit und Selbstbestimmung des einzelnen stärken. Jeder Bürger soll im Rahmen seiner Fähigkeiten und ohne Fremdbestimmung selbst über seinen privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Lebensweg entscheiden können. Wir wissen aber auch, daß es immer wieder Situationen gibt, in denen der einzelne der Hilfe bedarf. Der Freiheit entspricht auch eine Verantwortung für die Schwachen in unserer Gesellschaft. Kinder und Jugendliche, Behinderte und pflegebedürftige ältere Menschen brauchen die besondere Zuwendung und Solidarität der Gesellschaft. Auch finanziell wollen wir hier einen Schwerpunkt setzen.

Die Einigung Deutschlands und die Einigung Europas stehen bevor. Die bayerischen Liberalen werden darauf achten, daß die künftige Zusammenführung der Länder und Regionen unseres Kontinents in einem vereinten Europa nach dem föderalistischen Prinzip geschieht.

Unsere östlichen Nachbarn haben sich für die parlamentarische Demokratie und die Marktwirtschaft entschieden. Das bayerische Grenzland wird zu einer zentralen Region im enger zusammengewachsenen Europa. Neue Chancen für Begegnungen, für kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit haben sich eröffnet.

Wir Liberalen wollen sie nutzen und sehen hier eine besondere Herausforderung auch an die bayerische Landespolitik.

Dies sind unsere wichtigsten Ziele:

Freie Menschen schaffen eine gesunde Umwelt

Für uns Liberale bedeutet dies auch die Verantwortung für spätere Generationen.

Deshalb hat sich die F.D.P. lange vor allen anderen Parteien für das Vorsorge- und das Verursacherprinzip im Umweltschutz eingesetzt.

Dabei bevorzugen wir marktwirtschaftliche Lösungen.

Im bayerischen Landtag wird die F.D.P. beantragen:

den Schutz des Trinkwassers und des Bodens durch

- sachgerechte Mengenbegrenzung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln und das Verbot besonders trinkwassergefährdender Stoffe,

- Ausweitung und schärfere Sicherung der Wasserschutzgebiete,
- Aufbereitung aller Abwässer (Nitrat- und Phosphatabtrennung usw.) in ganz Bayern,
- Verschärfung des Abwasserabgabengesetzes und Sanierung der Kanalnetze,
- Tarifgestaltung mit deutlichen Sparanreizen,
- konsequente Erhaltung und Sanierung kommunaler Trinkwasserversorgungsanlagen.

den Schutz der Luft durch

- strikte Durchsetzung der Abgasreinigung nach dem jeweils neuesten Stand der Technik,
- das Verbot der Herstellung und des Einsatzes der FCKW,
- die Umstellung der Kfz-Steuer auf eine Schadstoffsteuer,
- eine Besteuerung des Energieverbrauches nach der Umweltbelastung durch Schadstoffe.

den Schutz vor Lärm durch

- Einräumung der Kompetenz an Gemeinden, flächendeckend in Wohngebieten 30 km/h-Zonen einzurichten,
- Trennung des Durchgangsverkehrs von Wohngebieten,
- Bekämpfung des Lärms an der Quelle, z. B. Förderung schallgedämpfter Fahrzeuge und Maschinen sowie geräuschkämpfende Straßenbeläge,
- das sofortige Verbot von Tiefflügen.

die Vermeidung und Verwertung von Abfall durch

- Abgaben auf nicht zwingend notwendige Verpackungen, insbesondere Einwegverpackungen, und Einführung eines umfassenden Pfandsystems,
- die Durchsetzung der Abfallsortierung und der Wiederverwendung von Wertstoffen wie Glas, Metall, Kunststoffen und Papier sowie der Kompostierung von organischen Haus- und Gartenabfällen,
- Förderung des technologischen Fortschritts bei der Abfalltrennung, der Abfallumwandlung in Wertstoffe sowie der umweltschonenden Restmüllentsorgung,
- Vermeidung von Gift im Klärschlamm durch Förderung umweltfreundlicher Produktionsverfahren und Verwertung des Klärschlammes nach Entgiftung,
- weitgehenden Verzicht auf Planung, Förderung und Neubau von Müllverbrennungsanlagen,
- keine Deponierung unbehandelten Restmülls.

die Erhaltung der Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen durch

- Vergrößerung und Neuausweisung von Naturschutzgebieten,
- Bestandssicherung von Mooren, Feucht- und Trockengebieten,
- Umwandlung nicht mehr land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zu Biotopen und deren Vernetzung.

die Senkung der von Kraftwerken ausgehenden Umweltgefährdung durch

- die sparsame Verwendung von Energie und die bessere Ausnutzung der Primärenergie,
- mehr Wettbewerb in der Energiewirtschaft durch Beseitigung der Gebietsmonopole und eine Dezentralisierung der Erzeugung,
- die Förderung der Nutzung der Sonnenenergie durch Wärmesammler und Solarzellen, Windgeneratoren und Biogasanlagen sowie die Entwicklung der Wasserstofftechnologie bei gleichzeitiger Aufgabe der Förderung der Kernenergie.

den Vorrang des Umweltschutzes auch in der Verkehrspolitik durch

- die Beendigung des Rückzuges der Bundesbahn aus der Fläche, statt dessen gezielter Ausbau des Schienenverkehrs, um den Straßenverkehr zu entlasten, den Güterfernverkehr auf die Bahn zu verlagern und Flüge auf Kurzstrecken überflüssig zu machen,
- den beschleunigten Bau des Brenner-Tunnels,
- Preise und Leistungen sowohl im Nah- als auch im Fernverkehr, die es attraktiv machen, vom eigenen Auto auf Bahn oder Bus umzusteigen,
- die Anerkennung des Fahrrads als gleichberechtigtes Verkehrsmittel und seine Berücksichtigung beim Ausbau des Straßenverkehrssystems mit einer unverwechselbaren Wegführung.

Der Strukturwandel in Familie, Arbeitswelt und Gesellschaft und die Verantwortung für die Mitwelt erfordern andere und neue Antworten im bildungspolitischen Bereich. Vielseitige Bildung und eine fundierte Ausbildung sind wesentliche Voraussetzungen für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen. Nur durch sie wird er in die Lage versetzt, sich in unserer Welt zurechtzufinden und verantwortungsbewußt zu handeln.

Über allen Bildungs- und Erziehungsfragen muß das Wohl des Kindes stehen.

Die F.D.P. will an den Schulen

- ein an den individuellen Neigungen des einzelnen ausgerichtetes Unterrichtsangebot und die Förderung alternativer Lehrmethoden,
- Erziehung zur Verantwortung in der Demokratie und für ein humanes Zusammenleben,
- mehr Mitbestimmungsrechte für Eltern, Lehrer und Schüler,
- Abschaffung der Zensur von Schülerzeitungen,
- Überprüfung der Dauer der Schulzeiten im Hinblick auf die europäische Einigung sowie notwendige Verstärkung des Fremdsprachenunterrichtes,
- mehr organisatorische und pädagogische Selbstständigkeit der Schulen,
- ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen.

an den Hochschulen

- die Stärkung der Autonomie der Hochschulen,
- den sofortigen Ausbau der Universitäten und Fachhochschulen, entsprechend der festgelegten Ausbauziele und deren Fortschreibung,
- die Straffung der Studien- und Prüfungsordnungen und eine ausreichende finanzielle Sicherung der Studenten, damit diese ihr Studium in der vorgesehenen Regelstudienzeit absolvieren können,
- eine bessere Personal- und Sachausstattung (z. B. der Bibliotheken),
- die Anerkennung außerbayerischer Hochschulabschlüsse und Staatsexamina,
- der wachsenden Bedeutung der Fachhochschulen durch eine Neuformulierung ihres Bildungsauftrages und durch eine Verstärkung der praxisorientierten Forschung Rechnung tragen,
- die Wiedereinführung der verfaßten Studentenschaft.

Die Bayerische F.D.P. geht davon aus,

daß jede Erstausbildung durch lebenslanges Lernen fortgesetzt werden muß. Die Erwachsenenbildung sollte daher wesentlich stärker als bisher gefördert werden.

Freie Menschen gestalten kulturelle Freiräume

Kultur und Kunst sind Ausdruck der schöpferischen Kräfte in uns und Maßstab für die Freiheit und Toleranz in unserer Gesellschaft. Bevormundung und zensurierende Eingriffe in das Kunst- und Kulturleben lehnen wir ab.

Die F.D.P. Bayern will

- eine Ausweitung des kulturellen Angebotes über die großen Städte hinaus unter Anerkennung und Förderung privater Initiativen (insbesondere der Jugendkulturszene und der Kleinkunst),
- die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Künstler und Kulturschaffenden wirksamer schützen,
- die häufigere Übertragung der vom Steuerzahler finanzierten Kulturereignisse durch Funk und Fernsehen,
- den künstlerischen Nachwuchs stärker fördern und die soziale Sicherung der Künstler im Alter und in Notlagen verbessern,
- der Konzentration kultureller und künstlerischer Einrichtungen in der Landeshauptstadt zu Lasten des ländlichen Raumes entgegenwirken. Insbesondere fordern wir die Rückführung kultureller Güter in ihre bayerischen Herkunftsorte.

Freie Medien garantieren Meinungsfreiheit

Eine vielfältige Medienlandschaft, geprägt von inhaltlichem Wettbewerb, ist Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft.

Die F.D.P. Bayern wird im Landtag beantragen,

- daß nach Ablauf des bayerischen Medienerprobungsgesetzes 1992 in einem neu zu schaffenden Medienrecht eine freie Programmgestaltung einzelner Sender ohne politische Zensur und erzwungene Absetzung sichergestellt wird.
- daß der politische Einfluß auf Inhalte und Berichterstattung von Presse, Funk und Fernsehen verhindert wird, der zur Zeit durch Steuerung der Personalpolitik in den Medien versucht wird,
- daß das Entgelt an die bayerischen Kabelgesellschaften in Höhe von derzeit monatlich DM 2,30 DM abgeschafft wird.

Freie Menschen gibt es nur im Rechtsstaat

Er ist nicht selbstverständlich. Man muß ständig für ihn kämpfen. Wir wollen eine klare Trennung von Staat, Kirchen, Parteien, Medien und Wirtschaft und eine Begrenzung übermäßiger Machtpositionen.

Die F.D.P. Bayern wird sich im Landtag dafür einsetzen,

- daß sich die öffentliche Hand von allen ihren Wirtschaftsbeteiligungen trennt,
- daß der Einfluß der Parteien auf die Staatsverwaltung und von Staat und Parteien auf die Medien, insbesondere beim Bayerischen Rundfunk, drastisch reduziert wird.

Die F.D.P. will

eine Verstärkung der Rechte des einzelnen Bürgers gegenüber dem Staat.

Hierzu gehören

- eine Verbesserung des Petitionsrechtes durch das Recht der zuständigen Abgeordneten auf Akteneinsicht, Auskunft durch Beamte und Zutritt zu Amtsgebäuden,
- die wirksame parlamentarische Kontrolle des bayerischen Verfassungsschutzes,
- das uneingeschränkte Auskunfts- und Einsichtsrecht bei allen Ämtern und Behörden für den Datenschutzbeauftragten sowie dessen Wahl durch das Parlament,
- die Verbesserung der Staatshaftung,
- die Abschaffung der sogenannten Regelanfrage bei Bewerbungen für den öffentlichen Dienst („Radikalenerlaß“),
- ein Klagerecht anerkannter Naturschutzverbände,
- Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte für Bürger in eigenen und Selbstverwaltungsangelegenheiten.

Die F.D.P. Bayern wird im Landtag dafür eintreten,

- daß die Benachteiligungen kleinerer Parteien und Gruppen im Wahlrecht und in Geschäftsordnungen beseitigt werden,
- daß die kommunale Selbstverwaltung als Grundlage des demokratischen Staates wieder gestärkt wird.

Hierzu gehören insbesondere,

- daß die Bezirksausschüsse vermehrt Entscheidungsbefugnisse erhalten und daß ihre Mitglieder direkt gewählt werden, ferner, daß in vormals unabhängigen Gemeinden Ortsteilräte gebildet werden können,
- daß die Beteiligung der Bürger bei Planungen und Großvorhaben in ihrem unmittelbaren Lebensbereich zwingend vorgeschrieben wird,
- Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf Gemeindeebene,
- Verlagerung von Staatsaufgaben auf Landkreise und Gemeinden.

Die F.D.P. Bayern will

die Verbesserung der Sicherheit für den Bürger. Dazu gehört die Verstärkung der bürgernahen Einsatzkräfte der Polizei und die Modernisierung ihrer Ausstattung sowie die Verbesserung und Konkretisierung der Rechtsgrundlagen für polizeiliches Handeln. Für den öffentlichen Dienst insgesamt will die F.D.P. Bayern eine leistungs- und bedarfsgerechte Besoldung und Laufbahnordnung.

Die F.D.P. Bayern will,

daß Menschen auch in Ausnahmesituationen nach den Grundsätzen des Rechtsstaates behandelt werden:

- Wir treten für eine konsequente Umsetzung des neuen Betreuungsgesetzes ein.
- Niemand darf auf bloßen Verdacht hin und ohne weitere gerichtliche Kontrolle von der Polizei eingesperrt werden.
- Die Asylverfahren müssen beschleunigt werden. Während ihres Aufenthaltes bei uns haben Asylbewerber Anspruch auf eine menschenwürdige Unterkunft und Versorgung.

§ 218

Keine Frau läßt ohne Not eine Schwangerschaft abbrechen. Durch Gesetze, Verbote und Strafen werden Abtreibungen aber nicht verhindert. Sie zwingen Frauen nur in die Illegalität und zum Abtreibungstourismus. Grundsätzlich halten wir die Fristenlösung für richtig. Keinesfalls darf jedoch die gegenwärtige Regelung der §§ 218 ff. durch bayerische Verwaltungsanweisungen verschärft werden.

Die F.D.P. Bayern wird sich im Landtag dafür einsetzen,

- daß auch in Bayern Schwangerschaftsabbrüche ambulant durchgeführt werden können,
- daß die Bayerische Staatsregierung die Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes zurückzieht.

Zusätzlichen Wohnraum schaffen

Die F.D.P. Bayern will

- vermehrte und vereinfachte Baurechtaussweisungen sowie Baugebote,
- familiengerechte Wohnungen und einkommensschwache Familien prinzipiell fördern.

Mehr Freiraum für Kinder und Jugendliche

Unsere Kinder und Jugendlichen haben heute mehr Freiheiten als früher, dennoch wird ihr Lebensraum immer enger und häufig genug durch unnötige Vorschriften zusätzlich begrenzt. Wir treten für Formen der Jugendarbeit ein, die zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung beitragen.

Die F.D.P. Bayern will

- mehr Toleranz und Verständnis gegenüber Jugendlichen, auch wenn sie andere Lebensformen erproben wollen,
- die bessere Integration von behinderten und ausländischen Jugendlichen fördern.

Die F.D.P. befürwortet

Resozialisierungsmodelle, um vor allem jugendlichen Straftätern die Chance zu geben, sich aus dem Teufelskreis von Tat und Strafe zu befreien.

Ein erfüllter Lebensabend

setzt materielle Sicherheit und Selbstbestimmung voraus.

Die F.D.P. Bayern will

- ausreichend Wohnungen, die für ältere Menschen geeignet sind, (Lage, Größe, Stockwerk, Installation) und Umzugsbeihilfen bei Aufgabe einer zu groß gewordenen Wohnung,
- den Ausbau der ambulanten Dienste für Pflege, Reinigung und Besorgungen (Essen auf Rädern, Körperpflege, Haushaltshilfe, Behördengänge und Funknotruf),
- ausreichend Alten- und Pflegeheimplätze mit angemessener Ausstattung und Altenheime mit Wohnpflege,
- mehr Hilfen zu einem selbständigen Leben durch medizinische Rehabilitation,
- die Anerkennung der familiären Pflege bei der Rentenberechnung und im Steuerrecht.

Menschenwürdige Krankenhäuser

Die stationäre Versorgung in unseren Krankenhäusern wird immer teurer und droht, unbezahlbar zu werden. Zugleich droht in den Großkrankenhäusern das Gefühl der Geborgenheit verlorenzugehen.

Die F.D.P. Bayern will

- die bedarfsgerechte Erhaltung der kleineren Krankenhäuser, insbesondere auf dem Land, gegebenenfalls durch teilweise Umwandlung in Pflegeabteilungen,
- den Übergang von der kostenbezogenen zur leistungsbezogenen Festsetzung der Pflegesätze,
- eine leistungsgerechte Entlohnung der Pflegeberufe, verbunden mit einer Entlastung von fachfremden Aufgaben und Neuberechnung des Pflegepersonalschlüssels,
- die weitgehende Überführung von öffentlichen Krankenhäusern in eine gemeinnützige oder private Trägerschaft.

Freie Menschen haben gleiche Rechte

Die F.D.P. Bayern setzt sich für eine Politik ein, die es Frauen und Männern ermöglicht, die Gleichberechtigung in Familie und Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen.

Die F.D.P. Bayern will

- die gesellschaftspolitische Anerkennung der Erziehungsarbeit,
- die Einrichtung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen, auch in anspruchsvolleren Berufen,
- eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten,
- ein besseres Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, -gärten, -horte und Ganztagschulen) und einen Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten,
- verbesserte Wiedereinstiegsmöglichkeiten in den Beruf durch Weiterbildungsmöglichkeiten bereits während der Kindererziehungszeit.

Der öffentliche Dienst in Bayern soll mit der Schaffung von Frauenförderplänen beispielhaft vorangehen.

Wirtschaftliche Entfaltung sichert die Freiheit des Bürgers

Für uns Liberale bedeutet dies, daß sich der Staat weitgehend aus der Wirtschaft zurückzieht und sich auf seine hoheitlichen Aufgaben beschränkt.

Die F.D.P. Bayern wird sich im Landtag einsetzen

für einen ausgewogenen Arbeitsmarkt durch

- Angebote zu markt- und bedarfsgerechter Umschulung und Weiterbildung, insbesondere für Arbeitslose,
- die Bereitstellung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen, vor allem im öffentlichen Dienst,
- die Aufforderung an die Tarifparteien zu mehr Flexibilität in der regionalen Tarifgestaltung, insbesondere bei Lohn und Gehalt sowie bei der Arbeitszeit.

für mittelständische Unternehmen und freie Berufe durch

- die Aufhebung von überzogenen Vorschriften, durch die insbesondere kleinere und mittlere Betriebe unnötig gegängelt werden (z.B. Ladenschlußgesetz),
- den Abbau von Subventionen, die den Wettbewerb verzerren und den ständig notwendigen strukturellen Umbau der Wirtschaft verhindern,
- eine bessere Förderung der Forschung und Entwicklung in mittelständischen Unternehmen.

für die Privatisierung wirtschaftlicher Einrichtungen der öffentlichen Hand durch

- die Veräußerung von direkten und indirekten Beteiligungen des Freistaats an Wirtschaftsunternehmen (zur Zeit 800, etwa am Bayernwerk, der Bayerischen Vereinsbank, dem Bayerischen Schulbuchverlag), wobei vor allem Kleinanleger zum Zuge kommen sollen,
- die Vergabe von bisher durch die öffentliche Hand selbst erbrachten Dienstleistungen an private Unternehmen aufgrund von Ausschreibungen.

für neue Schwerpunkte in der Landesplanung

Die Öffnung der Ostgrenzen rückt Bayern in eine zentrale europäische Lage.

Die F.D.P. Bayern fordert,

- das Landesentwicklungsprogramm neu zu fassen,
- die Zonenrandförderung auf Maßnahmen umzustellen, welche die neue Brückenfunktion der bisherigen Grenzgebiete fördern,
- die Wiederherstellung der infolge des Zweiten Weltkrieges unterbrochenen Bahn-, Straßen- und Telefonverbindungen zur DDR und CSFR,
- mit DDR und CSFR über die Grenzen hinweg Naturschutzgebiete und Naturparke zu schaffen (z.B. Rhön, Thüringer Wald, Bayerischer Wald/Böhmerwald).

Für diese liberalen Ziele wollen wir uns im nächsten Bayerischen Landtag einsetzen. Helfen Sie mit, eine weitere Alleinherrschaft der CSU zu verhindern.

Geben Sie Ihre beiden Stimmen der F.D.P. Bayern.

Wer liberal denkt,
wählt auch liberal!